

derung einer Regierung des nationalen Notstandes; Beendigung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Zyperns, Sicherung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität; Maßnahmen zur Verwirklichung demokratischer Freiheiten für das griechische Volk, Zulassung und freie Betätigung aller Parteien und Organisationen; Durchsetzung einer selbständigen Außenpolitik.

Angesichts der von Tag zu Tag anwachsenden Opposition gegen das faschistische Regime und seiner in eine Sackgasse geratenen Politik sahen es die Junta und die hinter ihr stehenden Kreise der in- und ausländischen Monopolbourgeoisie sowie der NATO für unumgänglich an, die Regierungsgewalt bürgerlichen Politikern zu übergeben. So wurde die politische Veränderung in Griechenland mittels der Ablösung des faschistischen Regimes durch eine Regierung konservativer bürgerlicher Politiker unter Führung des Vorsitzenden der „National-Radikalen Union“ (ERE), Karamanlis, eingeleitet und nicht durch einen von der Volksbewegung direkt herbeigeführten Sturz der Junta.

Das ZK der KP Griechenlands unterstrich, daß die Veränderungen in Griechenland einen Kompromiß zwischen den USA, den NATO-Partnern und der Junta auf der einen Seite und, den konservativen politischen Kräften des Landes auf der anderen Seite darstellen und bezwecken, echte demokratische Veränderungen zu verhindern. Das Ziel der Partei von Karamanlis bestehe darin, die Herrschaft der einheimischen und ausländischen Monopole aufrechtzuerhalten. Auf Grund des Drucks der Volksbewegung und der verstärkten Forderungen nach voller Verwirklichung demo-

kratischer Rechte und Freiheiten war die neue Regierung gezwungen, eine Reihe „nicht eingeplanter“ Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig schuf sie die nötigen Bedingungen im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus, um die Interessen der in- und ausländischen Monopole zu sichern. In dieser Richtung verliefen auch die ersten Maßnahmen der Regierung Karamanlis. Es wurden zwar die ehemaligen Juntaanhänger und ihre Exponenten von ihren führenden Posten in Armee, Polizei, in der zentralen und regionalen Verwaltung abgelöst, dafür jedoch Generale, Staatsbeamte und Politiker eingesetzt, die eng mit der Monopolbourgeoisie liiert sind und die Gewähr für eine konservative Entwicklung bieten. Die Regierung kam dennoch nicht umhin, die Verfassung von 1952 wieder einzuführen, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, das Parteienverbot aufzuheben, politische Gefangene zu entlassen und das

Kommunisten rufen zu gemeinsamen Aktionen

Unmittelbar nach der Wiederherstellung der Legalität wandte sich das ZK der KP Griechenlands mit einer Grußadresse an das ganze griechische Volk, in der ein Programm für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte zu gemeinsamen Aktionen unterbreitet wurde. Hauptziele und -forderungen waren: Aufhebung aller antidemokratischen Gesetze; allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen; Rückkehrerlaubnis für alle politischen Emigranten; Säuberung des Staatsapparates, von Agenten der Junta; Bestrafung aller Schuldigen der Diktatur; Demokratisierung in den Gewerkschaften und im Bildungswesen; Maßnahmen zur Verbesserung

KZ-Lager Yaros zu schließen. Ministerpräsident Karamanlis nutzte die im Zusammenhang mit dem Zypernkonflikt wachsende Protestbewegung gegen die NATO und die USA-Stützpunkte in Griechenland für die Stärkung seiner eigenen Position aus und erklärte den Austritt aus der Militärorganisation der NATO. Weiter kündigte er eine Überprüfung der Stützpunktverträge an. Alle diese Maßnahmen konnten aber bei weitem nicht die Grundforderung des griechischen Volkes nach voller Demokratisierung erfüllen. Trotzdem ergaben sich neue Möglichkeiten für den verstärkten Kampf der demokratischen Kräfte, auch wenn von Anfang an das Streben der herrschenden Kräfte sichtbar wurde, ihre Handlungsfreiheit, vor allem die der Kommunisten, weitgehend zu behindern. Mit der Wiedezulassung als legale Partei begann am 23. September 1974 für die KP Griechenlands eine neue Etappe des Kampfes.

der Lebenslage der Werktätigen; Aufhebung des Ausnahmezustandes; Durchführung freier Wahlen für eine konstitutionelle Nationalversammlung; Durchführung einer unabhängigen Außenpolitik; völlige Herauslösung Griechenlands aus der NATO und Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte. Die KP Griechenlands ging stets davon aus, daß für einen erfolgreichen Kampf um Demokratisierung und Erfüllung der Forderungen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes die Aktions einheit der linken und anderer demokratischer Kräfte eine dringende Voraussetzung ist. Ein Hindernis besteht dabei jedoch in unterschiedlichen